

# Europäische Bürgerkonferenzen 2009



## Die Europäische Bürgerkonferenz in Deutschland 2009

### *Deutschlands Ausblick auf die wirtschaftliche und soziale Zukunft Europas*



**28. – 29. März 2009**

**Auswärtiges Amt**

*Dieses Projekt setzt neue Maßstäbe für die Bürgerbeteiligung, indem es auf nationaler ebenso wie auf europäischer Ebene tätig ist – und indem es den persönlichen Dialog mit der Online-Diskussion kombiniert“*  
Margot Wallström, Vizepräsidentin der EU-Kommission

*„Politische Entscheidungsträger in Europa brauchen Bürgerinnen und Bürger als Dialogpartner – und genau das wird durch ECC in großem und ambitioniertem Maßstab realisiert.“*  
Diana Wallis, Vizepräsidentin des EU-Parlaments

## Über die Europäischen Bürgerkonferenzen 2009

Die Europäischen Bürgerkonferenzen 2009 (European Citizens' Consultations 2009) bringen im Vorfeld der Europawahlen Bürgerinnen und Bürger aus allen 27 EU-Mitgliedstaaten zusammen. Gemeinsam wird versucht, Antworten auf die folgende Frage zu finden: „**Was kann die EU zur Gestaltung unserer sozialen und wirtschaftlichen Zukunft beitragen?**“

### Die Online-Diskussion

Im Prozess der Europäischen Bürgerkonferenzen 2009 stellte eine europaweite online-Diskussion den ersten Schritt dar. Zwischen dem 3. Dezember 2008 und Ende März 2009, konnte sich die breite Öffentlichkeit einbringen und Vorschläge für die wirtschaftliche und soziale Zukunft der Europäischen Union entwickeln. Diese Vorschläge wurden dann im Anschluss als Diskussionsstoff in die Europäische Bürgerkonferenz in Deutschland eingebracht.

### 27 identische Konferenzen

An den 27 Europäischen Bürgerkonferenzen nahmen insgesamt über 1.500 Bürgerinnen und Bürger teil. Diese wurden von sachkundigen Meinungsforschungsinstituten per Zufallsverfahren und repräsentativ ausgewählt und spiegelten die demografische Zusammensetzung ihres jeweiligen Landes wider. Die 27 im Ablauf identischen Konferenzen sind das Kernstück des ECC-Prozesses und wurden zeitgleich in jeweils neun Ländern an drei Wochenenden im März durchgeführt. Ziel war es, dass die Bürgerinnen und Bürgern zehn Empfehlungen für die wirtschaftliche und soziale Zukunft Europas ausarbeiteten. Am zweiten Tag bestand dann die Möglichkeit, diese Empfehlungen im Vorfeld der Europawahlen mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments zu diskutieren. Die Europäischen Bürgerkonferenzen funktionieren dabei nicht nach dem Einheitsprinzip: Während alle Konferenzen dem gleichen grundlegenden Format folgen, variierte die Größe dieser Veranstaltungen zwischen einem Minimum von 30 und einem Maximum von bis zu 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

### Der Europäische Bürgergipfel

Am 10. und 11. Mai 2009 wird in Brüssel ein Europäischer Bürgergipfel stattfinden, an dem 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer als Vertreter aller 27 Konferenzen teilnehmen werden. Ziel wird es sein, die in einer vorangegangenen online-Debatte und –Abstimmung entstandenen finalen 15 gesamteuropäischen Empfehlungen weiter inhaltlich zu untersetzen. Anschließend werden sie prominenten politischen Entscheidungsträgern der europäischen Ebene überreicht und mit diesen diskutiert.

### Regionale Diskussionsforen

Die gesamteuropäischen Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger werden ab August 2009 auf Regionalkonferenzen mit vor allem neugewählten Europaabgeordneten und weiteren Meinungsbildnern diskutiert werden.

## Partner

Die Europäischen Bürgerkonferenzen werden von einer Gruppe unabhängiger und gemeinnütziger Organisationen veranstaltet. Diese Gruppe umfasst Stiftungen, Nichtregierungsorganisationen und Beraterstäbe aus allen EU-Mitgliedstaaten unter der Schirmherrschaft der belgischen King-Baudouin-Stiftung. Die Mitfinanzierung der Europäischen Bürgerkonferenzen 2009 erfolgt durch die Europäische Kommission im Rahmen ihres Debate-Europe-Programms, die King-Baudouin-Stiftung, die Compagnia di San Paolo, die Robert Bosch Stiftung, die ING sowie weitere Stiftungen, die Aktivitäten auf der nationalen Ebene unterstützend begleiten.

Zu den Partnern und Förderern gehören:



## Die Europäische Bürgerkonferenz in Deutschland

In Deutschland wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Europäischen Bürgerkonferenz in Deutschland im Januar und Februar 2009 vom Bamberger Centrum für Empirische Studien (BACES) der Otto-Friedrich-Universität zufällig und repräsentativ ausgewählt: Unterschiedliche Altersgruppen, verschiedene Bildungsniveaus, Geschlecht, geographische Verteilung und andere für Deutschland relevante Kriterien wurden hierbei berücksichtigt, um sicherzustellen, dass die teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger die demografische Zusammensetzung des Landes als Ganzes widerspiegeln.



Die Europäische Bürgerkonferenz in Deutschland fand am 28. und 29. März im Welsaal des Auswärtigen Amtes in Berlin statt. Im Vorfeld hatten Interessierte bereits von Dezember 2008 an die Möglichkeit, ihre Ideen und Vorschläge auf der Internetseite der Europäischen Bürgerkonferenz in Deutschland <http://www.europaeische-buergerkonferenzen.eu/de/> einzubringen und darüber abzustimmen. Vorschläge, die bei der Online-Abstimmung die meisten Stimmen erhielten, flossen anschließend in die Europäische Bürgerkonferenz in Deutschland ein.

Im Rahmen der Konferenz selbst kamen 147 Bürgerinnen und Bürger zusammen, um deutsche Perspektiven im Hinblick auf die wirtschaftliche und soziale Zukunft Europas auszuarbeiten. Die Veranstaltung wurde von der Robert Bosch Stiftung gefördert, unterstützt vom Auswärtigen Amt und von der IFOK GmbH umgesetzt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden von Dr. Peter Ammon, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und Christian Hänel, stellvertretender Bereichsleiter Völkerverständigung Westeuropa, Amerika, Türkei, Japan, Indien der Robert Bosch Stiftung begrüßt.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Europäischen Bürgerkonferenz hatten die Möglichkeit, ihre Empfehlungen mit folgenden Mitgliedern des Europäischen Parlaments zu diskutieren:

Dr. Jorgo Chatzimarkakis,  
FDP/ALDE, Mitglied FDP-Bundesvorstand

Markus Ferber,  
CSU/EVP-ED, Vorsitzender der CSU-Europagruppe

Norbert Glante,  
SPD/SPE, Mitglied des Vorstands der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament

Hartmut Nassauer,  
CDU/EVP-ED, Stv. Vorsitzender der EVP-ED-Gruppe im Europäischen Parlament

Heide Rühle,  
Grüne/EFA, Stv. Vorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament

Gabi Zimmer,  
DIE.LINKE/KVEL-NGL, Sprecherin der deutschen Delegation im Europäischen Parlament

Außerdem standen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern folgende Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft Rede und Antwort: **Günter Danner**, PhD, Stv. Direktor der Europavertretung der Deutschen Sozialversicherung in Brüssel und persönlicher Referent des Vorstands der Techniker Krankenkasse, **Prof. Anke Hassel**, Prof. of Public Policy, Hertie School of Governance, Berlin, **Nils aus dem Moore**, Referent für wirtschaftspolitische Kommunikation und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Kompetenzbereichs "Öffentliche Finanzen", Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung/ Büro Berlin, **Sabine Overkämping**, Deutscher Juristinnenbund e. V., Berlin und **Dr. Uwe Puetter**, Associate Prof. of Public Policy/Central European University (CEU), Budapest/ Gastwissenschaftler bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.



An der Bürgerkonferenz nahmen, neben den durch BACES zufällig und repräsentativ ausgewählten Teilnehmerinnen und Teilnehmern auch 17 Bürgerinnen und Bürger teil, die im Rahmen der „Aktion Europa“ an den **Europäischen Bürgerforen** in neun deutschen Städten teilgenommen hatten. Diese Foren fanden zwischen Oktober 2008 und Februar 2009 statt und wurden von der Bundesregierung, EU-Kommission sowie dem Europäischen Parlament gemeinsam mit den Städten veranstaltet. Thema der Bürgerforen war ebenfalls „Die wirtschaftliche und soziale Zukunft Europas“. Zur Zielsetzung gehörte es, einen Bezug zwischen „Europa“ und der Lebenswirklichkeit der Menschen herzustellen sowie den Austausch zwischen Bürgern und Entscheidungsträgern zu intensivieren. Im Rahmen der zweitägigen Foren diskutierten etwa 50 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger jeder Stadt zu Themen wie Sozialstandards, Migration und Chancengleichheit, Klima und Umweltschutz. Im Mittelpunkt ihrer Diskussionen standen dabei folgende Fragen: Was bedeuten diese Themen für jeden Einzelnen? Was bedeuten sie für die Gemeinde, in der wir leben? Wie können wir die Vorteile der europäischen Integration noch besser nutzen? Die Bürgerinnen und Bürger konnten auch hier über ihre Ergebnisse mit Politikerinnen und Politikern debattieren und verabschiedeten zum Schluss eine gemeinsame Bürgererklärung.



Außerdem wurde in die Europäische Bürgerkonferenz in Deutschland eine Gruppe von sechs Schülerinnen und Schülern des Emil-Fischer-Gymnasiums Schwarzheide aus Brandenburg eingebunden. Die Schülerinnen und Schüler hatten am **Projekt „Jugend denkt Europa“** teilgenommen, das von der Robert Bosch Stiftung gefördert wird. „Jugend denkt Europa“ soll Jugendliche dazu motivieren, den Lebensraum Europa politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich aktiv mitzugestalten. Im Rahmen des Projekts setzen sie sich mit europäischen Themen auseinander und tauschen sich

online mit Jugendlichen in anderen europäischen Ländern aus, die in parallel laufenden und entsprechend konzipierten Veranstaltungen teilnehmen. Die Schülerinnen und Schüler aus Schwarzheide stellten bei der Bürgerkonferenz das Projekt vor, präsentierten ihre Ergebnisse und suchten das Gespräch mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Von der Deutschen Bürgerkonferenz berichtete in Echtzeit eine Bloggerin. Der Blog ist im Internet unter <http://ecc2009deutschland.wordpress.com> zu finden.

Der vorliegende Bericht ist eine kurze Ergebnisdokumentation der Europäischen Bürgerkonferenz in Deutschland. Er wurde am Ende der Veranstaltung den Bürgerinnen und Bürgern sowie anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmern ausgehändigt.

Zu den nationalen Partnern in Deutschland:

Die Robert Bosch Stiftung ist eine der großen unternehmensverbundenen Stiftungen in Deutschland. Sie wurde 1964 gegründet und setzt die gemeinnützigen Bestrebungen des Firmengründers und Stifters Robert Bosch (1861-1942) fort. Die Stiftung beschäftigt sich vorrangig mit den Themenfeldern Völkerverständigung, Bildung und Gesundheit ([www.bosch-stiftung.de](http://www.bosch-stiftung.de)).

Die IFOK GmbH ist eine der führenden deutschen strategischen Kommunikationsberatungen mit rund 100 Beraterinnen und Beratern in Bensheim/Frankfurt, Berlin, Brüssel, Düsseldorf, München, Boston und Washington D.C. (USA). IFOK unterstützt Kunden aus öffentlicher Hand, Wirtschaft und Zivilgesellschaft dabei, den gesellschaftlichen Wandel zu gestalten ([www.ifok.de](http://www.ifok.de)).

## **Input aus den Online-Debatten aller 9 Länder des Wochenendes 28./29. März 2009**

### **Bulgarien:**

Die internationale Sprache Esperanto sollte zu einer gemeinsamen Sprache in der gesamten EU werden (auch in der Slowakei, in Italien, Dänemark, Portugal und den Niederlanden).

### **Dänemark:**

Europa braucht eine Europäische Aufsichtsbehörde für Finanzen (EFSA), um das Bankensystem effektiv zu überwachen. Banken mit Tochterfirmen oder Niederlassungen in anderen EU-Staaten oder außerhalb der EU sollten einen "Europäischen Bankenpass" benötigen und automatisch unter die Aufsicht der EFSA fallen.

### **Deutschland:**

Die EU sollte eruieren, ob die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle EU-Bürger sinnvoll und finanziell machbar ist.

### **Italien:**

Schaffung eines fortlaufenden Bildungsprogramms für die EU, das in allen Mitgliedstaaten gleich ist und für alle schulischen Programme passt. Es soll den Schülern das Wissen und die Werte vermitteln, ein Bürger Europas zu sein.

### **Lettland:**

Um die Herausbildung einer Wissensgesellschaft voranzutreiben, sollte die EU größere Einkommensteuerrückzahlungen bei der Investition in Bildung verabschieden.

### **Niederlande:**

Eine Aufhebung des Rauchverbotes, vor allem für kleine Cafés.

### **Portugal:**

Legalisierung von weichen Drogen.

### **Slowakei:**

Die EU benötigt mehr erneuerbare Energieträger, um die Emissionen und den Abfall zu verringern, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und sich mit anderen Ländern und Regionen in der Welt zu solidarisieren.

### **Zypern:**

Die EU sollte verbindliche Maßnahmen verabschieden, die die Gründung und Etablierung von NGOs und anderen Gruppen erleichtern.

## **Geclusterte Top-Sorgen der deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer**

- 01 Mangelnde Transparenz
- 02 Mangelnde Bürgerbeteiligung
- 03 Steigende Arbeitslosigkeit
- 04 Angst vor sozialem Abstieg und sich verschlechternden sozialen Sicherungssystemen
- 05 Mangelnde Generationengerechtigkeit
- 06 Instabiles Finanzsystem
- 07 Wachsende Kluft zwischen EU-Staaten
- 08 Falscher Einsatz von EU-Fördermitteln
- 09 Überbelastung einzelner Länder
- 10 Mangelnde Vergleichbarkeit der Bildungssysteme

## **Ideencluster der deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer**

- 01 Bildungssysteme europaweit angleichen und Bildungschancen fördern
- 02 Wirtschaftliche Subventionen zielgerichteter einsetzen
- 03 Regenerative Energien fördern
- 04 Einheitliche Standards für den Klima- und Umweltschutz einführen
- 05 Fremdsprachenangebot an Bildungseinrichtungen verstärken
- 06 Gemeinsame Einwanderungspolitik entwickeln und verbindliche Standards für die Integration von Migrantinnen und Migranten verabschieden
- 07 Mindestlöhne europaweit einführen und durchsetzen
- 08 Mehr finanzielle Mittel für Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche bereitstellen
- 09 Grundeinkommen europaweit einführen
- 10 Ausgaben für Bildung erhöhen
- 11 Europaweite Angleichung der sozialen Sicherungssysteme an die besten Standards
- 12 Chancengleichheit für Männer und Frauen umsetzen und sicherstellen
- 13 Harmonisierung von Gesetzen, z. B. Wirtschaftsstrafrecht oder Familienrecht
- 14 Mehr Transparenz und Kommunikation bei politischen Entscheidungen schaffen
- 15 Angleichung der Steuersysteme europaweit und stärkere Zusammenarbeit bei der Ahndung von

Steuerdelikten

- 16 Beteiligungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene ausbauen
- 17 Regulierung der internationalen Finanzmärkte intensivieren und Management kontrollieren
- 18 Die EU soll - auch nach außen - mit einer Stimme sprechen, v. a. in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen
- 19 Europaweit Arbeitnehmerrechte stärken
- 20 "Gläsernen" Europäer verhindern und Datenschutz verbessern
- 21 Bedingungen für Forschung und Entwicklung verbessern
- 22 Verstärktes gemeinsames Vorgehen bei der Bekämpfung von Verbrechen
- 23 EU-weite aktive Arbeitsmarktpolitik fördern
- 24 Bürokratieabbau europaweit vorantreiben
- 25 Prüfungskriterien für EU-Erweiterung anheben
- 26 Konkrete Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- 27 Einheitliche medizinische Grundversorgung für ganz Europa einführen
- 28 Vereinheitlichung der Jugendschutzbestimmungen europaweit
- 29 Stärkung von KMU
- 30 Belastung des Faktors Arbeit bei Lohnnebenkosten minimieren
- 31 Einheitliche Ethikstandards verbindlich festlegen
- 32 Verbraucherschutz und Produktsicherheit europaweit gewährleisten
- 33 Gremium für europaweite Energiepolitik einrichten
- 34 Besondere Förderung von Familien vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in Europa
- 35 Entwicklungshilfe mit dem Ziel, neue Märkte zu erschließen
- 36 Arbeitnehmer sollen sich weiterbilden, gerade in Krisenzeiten. Recht auf Weiterqualifizierung stärken und durchsetzen
- 37 Förderung und Vernetzung der Forschung zu Zukunftstechnologien um global wettbewerbsfähig zu bleiben
- 38 Die EU soll einen starken Außenminister haben, der die gesamte EU längerfristig vertritt
- 39 Forschung zur Entwicklung von ressourcenschonenden Technologien stärken, um neue Märkte zu bedienen
- 40 Auf sinnvolle und realisierbare Weise finanzielle Rücklagen bilden, um Sicherheitspuffer in der Krise zu haben

## Konferenzergebnis: Empfehlungen der deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer

- |    |  |         |
|----|--|---------|
| 1. | Wir fordern die EU auf, die Regulierung der internationalen Finanzmärkte zu verbessern und die Kontrolle des Managements zu intensivieren durch Schaffung einer unabhängigen einheitlichen europäischen Finanzmarktaufsicht, Verschärfung des Wirtschaftsstrafrechts, starke Außenhaftung und Einbindung eines verbindlichen ethischen Verhaltenskodex´ in Ausbildung und Berufspraxis von Managern.   | 98,41 % |
| 2. | Die EU sollte europaweit und altersunabhängig Bildung und Berufsausbildung durch Definition von Zwischenzielen und Unterstützung von Länderaustausch zur Schaffung eines hohen europäischen Bildungsniveaus fördern und ermöglichen. Unterstützung dieses Programms durch vergleichende Studien und Förderprogramme zur Vorschul-, Schul- und Berufsausbildung.  | 98,31 % |
| 3. | Die EU sollte zur Realisierung umweltverträglicher, umsetzbarer, innovativer Energien gezielt Finanzmittel für Forschung, Planung und Durchführung bereitstellen und Gesetze schaffen, um den Marktzugang alternativer Anbieter zu verbessern, z.B. durch die Liberalisierung der Durchgangrechte und die Verkürzung von vertraglichen Mindestlaufzeiten.  | 95,87 % |
| 4. | Die EU sollte Zielvorgaben für die einzelnen Mitgliedstaaten erarbeiten, dass jedes Land einen bestimmten, verhältnismäßigen Prozentsatz seines BIP für erstens nationale, nachhaltige Bildungsmaßnahmen (z. B. Lehrmittelfreiheit, Bildungsgutscheine, verbindliche und kostenfreie Vorschule) und zweitens einen europäischen Fördertopf bereitstellt, der Austauschprogramme, Mehrsprachigkeit und "Europakunde" fördert.   | 95,45 % |
| 5. | Die EU sollte ihre politischen Entscheidungen für den Bürger transparenter und verständlicher darstellen. In dieser Hinsicht sehen wir die EU-Politiker in einer Bringschuld, den Dialog mit den Bürgern zu suchen, um dadurch Europa für den Bürger stärker erlebbar zu machen. Durch folgende Maßnahmen sehen wir die Möglichkeit, diese Ziele zu erreichen: Regionale Bürgerkonvente, mehr Basis-Arbeit der EU-Politiker vor Ort, verantwortliche mediale Präsenz und Begegnungsprogramme zwischen EU-Bürgern, z.B. Lehrlingen, Schülern und Berufstätigen. | 95 %    |

- |     |  |         |
|-----|--|---------|
| 6.  | Die EU sollte Subventionen zielgerichtet vergeben. Ausschlaggebende Kriterien sind Nachhaltigkeit, Zukunftsorientierung, Innovation, Ökologie, Sozialverträglichkeit. Die verpflichtende Veröffentlichung aller Subventionen (Weißbuch) schafft Bürgernähe und Transparenz. Die Subventionsauswirkung sollte verfolgt und evaluiert werden, indem der Empfänger zur Offenlegung verpflichtet wird. Die Subvention wird gegebenenfalls angepasst. Vergabe und Kontrolle müssen zentral koordiniert werden.  | 93,6 %  |
| 7.  | Die EU soll die Fördermittel aufstocken, um die kommerziell unabhängige Forschung zu den elementaren globalen Lebensgrundlagen zu stärken. Hierzu gehören die Einrichtung einer EU-Forschungseinrichtung und die Bildung von Exzellenz-Clustern. Die Arbeit erfolgt nach den Maßgaben eines zu erstellenden verbindlichen Ethik-Kodex.   | 91,26 % |
| 8.  | Die EU soll eine einheitliche, integrative Einwanderungspolitik formulieren, um Kenntnis, Verständnis und Toleranz auf allen Seiten zu fördern. Insbesondere sind verpflichtende, kostenfreie Sprachangebote, Fremdsprachenförderung in Ämtern und Sozialeinrichtungen, gemeinsame Begegnungsstätten und Länder- und Kulturkunde auch an Bildungseinrichtungen wichtig. Ursachen von Migration sollen erforscht und durch streng kontrollierte und abgestimmte Entwicklungspolitik (auch Wissenstransfer nach dem Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe) altruistisch angegangen werden. | 90,76 % |
| 9.  | Die EU sollte durch gemeinsames Vorgehen die Verbrechensbekämpfung intensivieren. Durch die Schaffung einer EU-Polizei, die Harmonisierung der Rechtsordnung und die Verbesserung des Datenaustausches und der Präventionsmaßnahmen. Dabei muss ein verbesserter Opferschutz gewährleistet werden.   | 88,79 % |
| 10. | Die EU sollte den Bürokratieabbau vorantreiben, indem sie an nur einem Standort agiert (Brüssel? Straßburg?). Die Rotationszeit der Ratspräsidentschaft sollte verlängert und die Anzahl der Parlamentarier verringert werden. Antrags- und Entscheidungsprozesse sollten verschlankt und beschleunigt werden, u. a. durch Einführung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen und durch Nutzung neuer Kommunikationstechnologien.   | 86,92 % |

## Wie wurden die Ergebnisse erzielt?

### Die Online-Diskussion

Vom 3. Dezember 2008 an bis wenige Tage vor Beginn der nationalen Konferenzen fand eine europaweite online-Diskussion statt. Bürgerinnen und Bürger aus ganz Europa waren eingeladen, darüber zu diskutieren, was die EU zur Gestaltung unserer wirtschaftlichen und sozialen Zukunft beitragen kann und ihre diesbezüglichen Ideen voranzutreiben. Diese Diskussion erfolgte in den jeweiligen Landessprachen und ermöglichte es der breiten Öffentlichkeit, ihrer Stimme Gehör zu verschaffen und ihre Vorschläge zu unterbreiten. Vorschläge aus der deutschen Online-Diskussion waren einer der Denkanstöße, die in die Europäische Bürgerkonferenz in Deutschland einfließen. Darüber hinaus erhielten die Bürgerinnen und Bürger Informationen zu den Top-Ideen aus den Online-Diskussionen der anderen acht Länder, die ihre nationale Konferenz zur selben Zeit abhielten.

### Der Beratungsprozess der Nationalen Konferenzen

Die Ergebnisse der nationalen Konferenzen sind eine Kombination aus sorgfältig geführten Tisch- und Plenumsdiskussionen sowie dem Ergebnisaustausch zwischen den europaweit gleichzeitig stattfindenden nationalen Konferenzen. Die Diskussionen mit Experten halfen, die Umsetzbarkeit der Empfehlungen, die von den Bürgerinnen und Bürgern verfasst wurden, sicherzustellen. Auf jeder Veranstaltung wurden die Gruppen oder Bürgertische von einem Tischmoderator begleitet, der die Diskussion leitete. Zudem stellte dieser sicher, dass jede Stimme bei der Eingabe der Beiträge berücksichtigt wurde. Vor der Konferenz hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Hintergrundinformationen zum Projekt, zu den Kompetenzen der EU und ihren Aktivitäten erhalten. Darüber hinaus wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern kein weiteres Vorwissen erwartet.

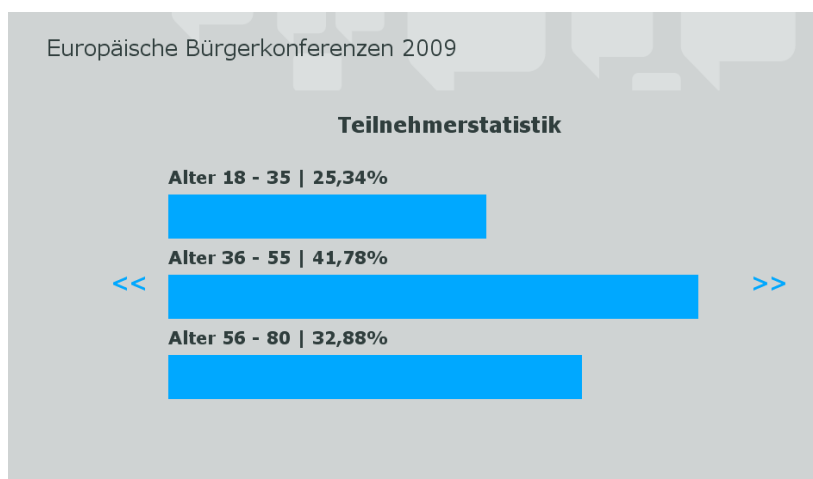
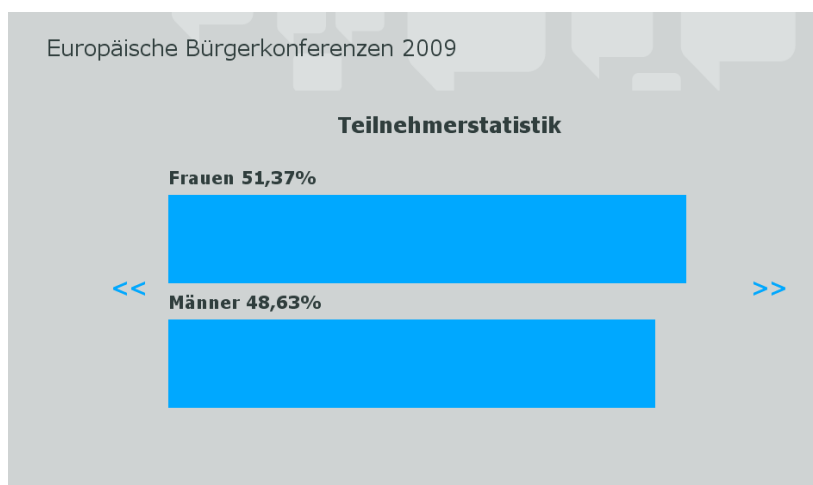
	<b>Aktivitäten</b>
Tag 1: morgens	<p><b>Begrüßung durch Dr. Peter Ammon, Staatssekretär des Auswärtigen Amts und Christian Hänel, Stellvertretender Bereichsleiter Völkerverständigung Westeuropa, Amerika, Türkei, Japan, Indien der Robert Bosch Stiftung</b></p> <p><b>Formulierung von Sorgen über die wirtschaftliche und soziale Zukunft Europas</b></p>
Tag 1: nachmittags	<p><b>Austausch</b> Mit den Konferenzen in Portugal und Lettland, die zeitgleich stattfinden.</p> <p><b>Ausarbeitung von Ideen</b> Die Bürgerinnen und Bürger verfassen ihre eigenen Ideen im Hinblick auf die Frage „Die wirtschaftliche und soziale Zukunft Europas - Was muss getan werden?“</p> <p><b>Kommentierung der Ideen-Cluster</b> Experten werden zur Diskussion hinzugezogen und kommentieren die Bürgerideen.</p> <p><b>Reflexion der Beiträge</b> Die Bürgerinnen und Bürger reflektieren die Beiträge der Experten, wägen die Informationen ab und nehmen ggf. Veränderungen vor.</p> <p><b>Auswahl der zehn endgültigen Ideen-Cluster durch die Bürgerinnen und Bürger (Abstimmung)</b></p>

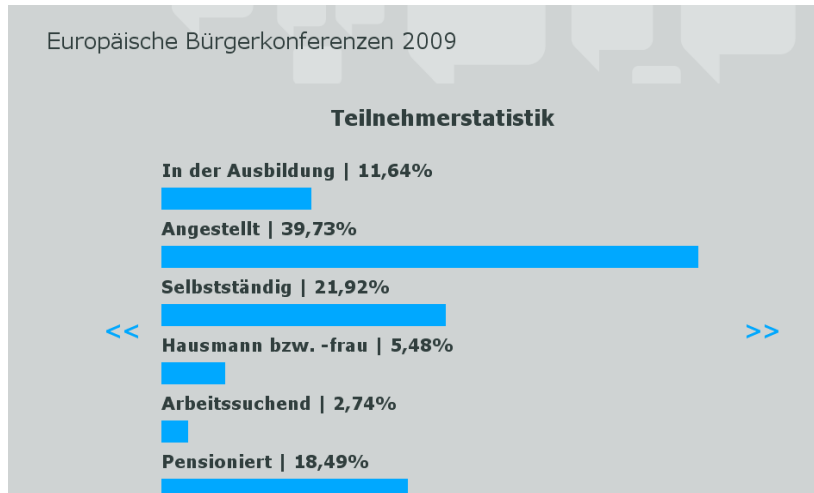
Tag 2: Bis zum frühen Nachmittag	<b>Vorstellung der Ergebnisse</b>
	<b>Beiträge zu den Kompetenzen und Verantwortlichkeiten – wer kann oder muss handeln?</b> Die Experten zeigen den Bürgerinnen und Bürgern auf, wer über welche Handlungskompetenzen verfügt und berichten, was die EU auf dem betreffenden Gebiet schon leistet.
	<b>Ausarbeitung von Empfehlungen in Gruppenarbeit</b> Die Bürgerinnen und Bürger arbeiten ihre Ideen an den Tischen zu Empfehlungen aus.
	<b>Überarbeitung der Empfehlungen nach Feedback aus anderen Gruppen</b>
	<b>Endgültige Abstimmung durch alle Bürgerinnen und Bürger</b>
	<b>Diskussion mit Europaabgeordneten</b>  Dr. Jorgo Chatzimarkakis, FDP/ALDE, Mitglied FDP-Bundesvorstand  Markus Ferber, CSU/EVP-ED, Vorsitzender der CSU-Europagruppe  Norbert Glante, SPD/SPE, Mitglied des Vorstands der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament  Hartmut Nassauer, CDU/EVP-ED, Stv. Vorsitzender der EVP-ED-Gruppe im Europäischen Parlament  Heide Rühle, Grüne/EFA, Stv. Vorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament  Gabi Zimmer, DIE.LINKE/KVEL-NGL, Sprecherin der deutschen Delegation im Europäischen Parlament
	<b>Abschluss der Nationalen Konferenz</b> Preisverleihung "Ausgewählter Ort im Land der Ideen" an die Robert Bosch Stiftung <b>Laudator:</b> Steffen Lang, Leitung Marktgebiet Nord-Württemberg, PWM/Deutsche Bank  Übergabe der Empfehlungen an Vertreterinnen und Vertreter der Politik und der Robert Bosch Stiftung

## Zu den Teilnehmern und Teilnehmerinnen

### Demographische Informationen zu den Teilnehmer/innen

**Teilnehmerzahl: 147**





## Eindrücke von der Europäischen Bürgerkonferenz in Deutschland

„Es ist spannend, die Sorgen zur EU, die ich selber habe, hier mit anderen teilen zu können. Es hat mich aber nicht überrascht, dass wir ähnliche Meinungen haben.“

**Heinrich Vorwerk, 67, Rietberg**



„Für mich ist die spannende Frage heute, ob wir mit unseren Empfehlungen Veränderungen in Europa herbeiführen können und welchen Einfluss wir als Bürger auf die politischen Entscheidungen in der EU haben können.“

**Erhard Vedder, 60, Rietberg**



„Ich war positiv überrascht, dass sich die Diskussion an unserem Tisch so schnell entspannen hat. Eigentlich hatte ich den Eindruck, wenig zur EU sagen zu können. Doch jeder wurde ermutigt, seine Meinung zu äußern, sodass jeder einen Input geben konnte. Ich bin gespannt, wie und welche gemeinsame Lösungsstrategien wir heute entwickeln werden.“

**Carolin Caliendo, 32, Bonn**

„Hier sitzen so viele unterschiedliche Menschen aus unterschiedlichen Regionen Deutschlands. Und es ist faszinierend, dass wir doch alle die gleichen Sorgen zur Zukunft Europas teilen. Die Diskussionen waren sehr anregend.“

**Melanie Sickinger, 25, München**

## Was geschieht mit diesen Ergebnissen?

Die Europäische Bürgerkonferenz in Deutschland ist eine der 27 Konferenzen, die im März 2009 in allen EU-Mitgliedstaaten stattfinden. Jede nationale Konferenz bringt hierbei länderbezogene Perspektiven hinsichtlich der wirtschaftlichen und sozialen Zukunft Europas hervor.

Alle nationalen Ergebnisse dienen als Grundlage für eine europäische Übersicht über die Empfehlungen, die kurz nach Ende der letzten Runde nationaler Konferenzen Ende März verfasst wird. Diese Übersicht über alle Empfehlungen sämtlicher 27 Mitgliedstaaten kann durch die Bürgerinnen und Bürger, die an der öffentlichen online-Diskussion teilnahmen, kommentiert werden. Die 15 endgültigen gesamteuropäischen Empfehlungen werden durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausgewählt, die an den nationalen Konferenzen teilnahmen.

Diese 15 europäischen Empfehlungen bilden die Grundlage des Europäischen Bürgergipfels, der am 10. und 11. Mai 2009 in Brüssel abgehalten werden wird. Dort werden 150 Bürgerinnen und Bürger, die zuvor bereits an den nationalen Konferenzen teilgenommen haben, diese Empfehlungen und deren Umsetzbarkeit wie politische Relevanz diskutieren. Sowohl die führenden Köpfe europäischer Institutionen als auch die Vorsitzenden der großen europäischen Parteien werden dabei mit den Bürgerinnen und Bürgern debattieren.

Der Europäische Bürgergipfel bildet darüber hinaus den Auftakt eines Folgeprozesses regionaler Diskussionen. Diese vermitteln Entscheidungsträgern der nationalen und europäischen Ebene wie Multiplikatoren die Ergebnisse und machen die Ergebnisse der breiten Öffentlichkeit zugänglich. Gerade im Nachgang der Europawahl ist dies ein weiterer wichtiger Schritt, um die Bedeutung von Bürgerbeteiligung für die Politikgestaltung zu untermauern sowie die Reichweite der Europäischen Bürgerkonferenzen 2009 zu vergrößern.



## Kontakt

Für weitere Informationen zur Europäischen Bürgerkonferenz in Deutschland kontaktieren Sie bitte

### Projektleitung

IFOK GmbH (Nationaler Partner für die Umsetzung in Deutschland)

**Dr. Ute Gallmeier**

Reinhardtstr. 58  
10117 Berlin

Telefon +49.53 60 77-35

Telefax +49.53 60 77-20

E-Mail: [ute.gallmeier@ifok.de](mailto:ute.gallmeier@ifok.de)

### Pressekontakt

IFOK GmbH

**Mareike Rückziegel**

Berliner Ring 89

64625 Bensheim

Tel.: +49.6251.8416-35

Fax: +49.6251.8416-16

E-Mail: [mareike.rueckziegel@ifok.de](mailto:mareike.rueckziegel@ifok.de)

Um weitere Informationen über das Gesamtprojekt der Europäischen Bürgerkonferenzen 2009 zu erhalten, kontaktieren Sie bitte

**Dr. Stefan Schäfers**

European Programme Advisor

King Baudouin Foundation

Rue Brederodestraat 21

B-1000 Brussels

Belgium

Tel.: +32.2 549-0239

E-Mail: [schaefers.s@kbs-frb.be](mailto:schaefers.s@kbs-frb.be)